



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

† †: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

licht viele liefern zu können, glaubt man etwa, daß sie die Neger fragen werden, ob sie wollen oder nicht? Die Erfahrung hat gezeigt, daß jene schauderhaften Menschenjagden, welche, als der Sklavenhandel blühte, an der Tagesordnung waren, wieder angefangen haben — wer will die Freiwilligkeit der Anwerbung controliren? wird man dem Delegirten glauben, der Interesse vor allen daran hat, daß das Geschäft zu Stande kommt? Beim Charles Georges erklärten alle Neger, mit Gewalt auf das Schiff geschleppt zu sein. In den französischen Vorschriften mag auf dem Papier alles sehr in der Ordnung sein, in der Wirklichkeit ist es anders, die Schwarzen mögen, wenn sie erst in den Colonien angekommen sind, besser als Sklaven behandelt werden; die Art, wie sie dorthin gebracht werden, ist nicht besser als offener Sklavenhandel.

Von der preussischen Grenze.

Die Wahlen in den größeren Städten, die einzigen, die wir bis jetzt übersehen können, sind, wie man voraussehen konnte, überwiegend liberal ausgefallen; gelang es doch schon vor drei Jahren dem vorigen Ministerium, nur durch das Aufgebot aller erdenklichen Mittel, hier seinen Candidaten einige Geltung zu verschaffen. Das Resultat auf dem platten Lande bleibt zweifelhafter, da sich bei der Vereinzelnung der Gemeinden die veränderte Luftströmung nicht so schnell mittheilen läßt, und da es für die Landleute und Bewohner der kleineren Städte schwieriger sein wird, auszumitteln, wer die Regierung ist und was sie will. Die reactionären Beamten haben alles aufgeboten, die Sache so darzustellen, als habe man es noch mit der alten Verwaltung zu thun und als bestehe die wahre Loyalität der Preussen noch immer darin, den Herrn v. Westphalen und den geheimen Regierungsrath Hahn für die besten Staatsmänner der Monarchie zu halten. Das merkwürdigste Actenstück in dieser Beziehung ist das Circular des Grafen Krassow in Stralsund; es wird ein ewig denkwürdiges Zeugniß dafür bleiben, daß mit der Veränderung des Ministeriums noch lange nicht alles gethan ist, um die Verwaltung wirklich zu ändern.

Dieser Umstand muß bei den eigentlichen Wahlen, die in der nächsten Woche bevorstehn, die Wahlmänner darauf aufmerksam machen, daß ihr Geschäft noch immer kein leichtes ist, daß, wenn sie wirklich dem Ministerium zu Hilfe kommen wollen, sie sich nicht mit bloßen „ministeriellen“ d. h. gutgesinnten Wahlen begnügen dürfen. Wir halten das Stichwort „ministeriell“ für ein recht unglückliches. Das Ministerium ist bis jetzt nur ein Ministerium des Wunsches und der Hoffnung. Die Namen seiner Mitglieder lassen voraussetzen, daß es die Verwaltung besser führen wird als seine Vorgänger, aber eine bestimmte Physiognomie hat es noch nicht. Ueber seine Maximen und Entwürfe hat es sich noch nicht ausgesprochen und für seine Energie ist es vorläufig kein schlagendes Zeugniß, daß hohe Staatsbeamte es wagen dürfen, angeblich im Namen der Regierung die Wähler gegen die voraussichtlichen Ideen des neuen Ministeriums aufzuregen. Die Wähler haben hier keinen

festen Halt, es ist daher besser sich auf eigene Füße zu stellen; und statt den Deputirten die Verpflichtung aufzulegen, immer mit dem Ministerium zu gehn, von welchem man doch noch nicht weiß, wohin es geht, ist es zweckmäßiger, von ihnen eine positive Erklärung zu begehren über den Inhalt und Umfang der Reformen, die sie für nöthig halten.

Wahrscheinlich waltet bei diesem Stichwort „ministeriell“ ein Mißverständnis ob: man meint damit nicht Anhänglichkeit an das Ministerium, das sich erst zu bewähren hat, sondern Anhänglichkeit an den Regenten, dessen edle, ebenso besonnen als entschieden durchgeführte Beschlüsse den allgemeinen Jubel des Volks hervorgerufen haben. Aber diese Anhänglichkeit und diese Verehrung bewährt man nicht dadurch, daß man in echt französischer Weise eine Herde zusammentreibt, die entschlossen ist, im voraus alles gut zu heißen, was seine Rathgeber für gut finden, sondern dadurch, daß man selbstständige, einsichtsvolle und charakterfeste Männer wählt, welche die Einsicht seiner Räte heilsam ergänzen.

Es ist ein häufig mißverständener Spruch, den aber jeder echt monarchisch gesinnte Bürger sich immer vor Augen halten muß: le roi regne mais il ne gouverne pas. Der Servilismus hat darin ein Attentat gegen das Königthum von Gottes Gnaden finden wollen, aber der Abscheu wird gelinder werden, wenn man den Satz etwa so ins Deutsche übersetzt: der König regiert, aber er administriert nicht, d. h. er gibt die allgemeinen Grundsätze an und wählt diejenigen Männer, denen er die beste Einsicht und den besten Willen zutraut, zu den Leitern der Verwaltung, er sorgt auch für eine Controle derselben, aber er mischt sich nicht in die Details der Verwaltung ein, weil es nicht möglich ist, es folgerichtig zu thun. Friedrich der Große, eine Kraft, wie sie in Jahrhunderten kaum einmal auftaucht, hat es unter viel einfachern Verhältnissen wirklich versucht, aber es wird unter allen Parteien wol nur eine Stimme darüber sein, daß es für den unmittelbaren Vortheil des Staats und namentlich für seine Zukunft segensreicher gewesen wäre, wenn er sich darin mehr beschränkt hätte. Die früher von ihm ausschließlich geleitete kolossale Maschine ging dann ihren eignen Gang fort, und in späterer Zeit erlebte man das wunderliche Schauspiel, daß in der Regel alles nach der bloßen Routine ging, daß aber dann durch ein persönliches Eingreifen, bald in diesem bald in jenem Fach die Geschäfte aufgehalten oder gar verwirrt wurden. Die Maschine ist nach allen Seiten hin unpopulär geworden, aber man konnte sie nicht entbehren, und so hat man denn in den letzten Jahren das Mittel angewandt, die Routine durch die Tendenz zu ersetzen, und indem man die alten Hebel beibehielt, sie den Händen der Partei anzuvertrauen. Wir hatten zuletzt eine Parteidregierung im „constitutionellsten“ Sinn des Worts, und diese Regierung mußte auch einen Landtag ihrer Farbe zu Stande zu bringen.

Nun denke man sich in die Lage des Prinzen, der klar durchschaut, daß in dieser Weise der Verwaltung vieles nicht in Ordnung ist, und der nun zunächst das richtigste Mittel ergreift, dem Geist und dem Wortlaut der Verfassung gemäß, die er beschworen hat, zunächst dem Lande Lust zu machen, daß es seine Bedürfnisse klar an den Tag legen kann. Dazu war vorher nöthig, die Spitzen der Verwaltung zu verändern, weil man sonst Gefahr lief, daß das Schauspiel von 1855 sich erneuen würde. Das Ministerium mußte schnell zusammengesetzt werden, weil

die Zeit der Wahlen drängte, aber nichts sagt uns, daß die Besetzung in allen Stellen eine definitive sein soll; ja es scheint, als ob die Beibehaltung des alten Handelsministers neben dem neuen Finanzminister entschieden dagegen spricht; denn es ist bekannt, daß beide in allen Cardinalfragen ausgesprochene Gegner sind.

Was soll der Regent nun dazu denken, wenn das Land als Antwort auf sein Vertrauen durch seine Wahlen Folgendes ausspricht: wir sind ministeriell gestimmt und wir wollen dasselbe, was Herr v. d. Seydt und Herr v. Patow wollen, obgleich beide das Entgegengesetzte wollen, und wir sind auch gern bereit, alles mögliche Andere gut zu heißen, falls man uns nur mit den Leuten der Kreuzzeitung verschont.

Der Regent würde denken: ein Land, welches diese Antwort gibt, ist weder würdig noch fähig, frei zu sein; ich werde mich zwar an die Verfassung halten, die ich beschworen habe, aber ich werde mir auf eine Unterstützung meiner Regierung von jener Seite keine Rechnung machen, weil die Kraft, die keinen Widerstand leisten kann, auch nicht das Gewicht einer Feder in die Waagschale wirft.

Eine solche Stimmung würde für das Gedeihen unseres politischen Lebens sehr gefährlich sein. Mit den Ermahnungen zur Mäßigkeit und Besonnenheit ist es noch nicht gethan. Auch wir sind der festen Ueberzeugung, daß ein gedeihliches Zusammenwirken der verschiedenen legislativen Gewalten nur denkbar ist, wenn das Haus der Abgeordneten ebenso entschieden der Demokratie als der Aristokratie Widerstand leistet, beide Worte in der ursprünglichen Bedeutung gebraucht: aber noch einmal, es kann nur dann Widerstand leisten, wenn es selbst etwas will.

Die Wähler sollen also den Candidaten ein bestimmtes politisches Glaubensbekenntniß abfordern, wobei das schlesische Programm zu Grunde gelegt werden mag. Aber damit ist es noch nicht genug: sie müssen zugleich eine ausführliche Erklärung über die zunächst vorliegenden wichtigeren Gesetzborschläge verlangen, um zu sehn, ob sie auch eine wirkliche Einsicht in die Sache haben. Die Abneigung gegen parlamentarisches Wesen rührt zum großen Theil davon her, daß man häufig in den Kammern mehr declamirt, als erwägt und urtheilt. Man glaube nicht etwa, daß durch das selbstständige Urtheil jedes einzelnen Abgeordneten das schließliche Einverständnis erschwert wird; im Gegentheil wird eine wahre Verständigung nur unter Einsichtsvollen möglich sein, während die bloße gute Gesinnung alles dem Zufall in die Hand spielt. Das Haus der Abgeordneten wird die wohlthätigen Absichten des Regenten und seiner Rathgeber gegen die Tendenzen des Feudalismus und der Anarchie am besten dadurch unterstützen, wenn es durch eigene Kraft ihm in geordneter und zugleich entschiedener Weise das durchführen hilft, was die rechtliche Ordnung des Staats kräftigt und den Egoismus der Classen ebenso in ihre Schranken zurückweist als die Unruhe der Menge. Ein Haus der Abgeordneten, welches sich selbst im Lande und bei dem Regenten Achtung zu verschaffen weiß, ist die sicherste Schutzwehr nach beiden Seiten hin. Diese Achtung wird es sich aber nur dann erwerben, wenn es den Schwerpunkt seines Willens in sich selbst findet.

††